

**Betreff** Zusätzliche Mittelbereitstellung für die Sanierung Burg Sonnenberg

Dezernat/e IV

Bericht zum Beschluss

Nr. vom

**Erforderliche Stellungnahmen**

- Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung
- Kämmerei
- Frauenbeauftragte nach HGIG
- Frauenbeauftragte nach HGO
- Sonstiges

- Rechtsamt
- Umweltamt: Umweltprüfung
- Straßenverkehrsbehörde

**Beratungsfolge**

- Kommission
- Ausländerbeirat
- Kulturbeirat
- Ortsbeirat
- Seniorenbeirat

(wird von Amt 16 ausgefüllt) **DL-Nr.**

- nicht erforderlich erforderlich

Magistrat Eingangsstempel  
Büro d. Magistrats

Stadtverordnetenversammlung

- Tagesordnung A Tagesordnung B
- Umdruck nur für Magistratsmitglieder
- nicht erforderlich erforderlich
- öffentlich nicht öffentlich
- wird im Internet / PIWi veröffentlicht

**Anlagen öffentlich**

1- StVV Beschluss Nr. 0243 vom 29.06.2017  
 2- StVV Beschluss Nr. 0329 vom 12.09.2019

**Anlagen nichtöffentlich**



## B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Mit dieser Sitzungsvorlage werden zusätzliche Mittel für die Sanierung der Stützmauer, der Terrasse und der Gastronomie sowie der Erneuerung der Zufahrt einschließlich der Herstellung der Barrierefreiheit und Erneuerung der Ver- und Entsorgungsleitungen bereitgestellt.

## C Beschlussvorschlag

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
  - 1.1 die Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden mit Beschluss Nr. 0243 vom 29. Juni 2017 dem Masterplan zur Sanierung der Burg Sonnenberg (SV 17-V-41-0001) zugestimmt hat,
  - 1.2 die zusätzlich mit Beschluss Nummer 0329 der Stadtverordnetenversammlung vom 12.09.2019 beantragten Mittel in Höhe von 1.374.200 € nicht ausreichend sind,
  - 1.3 die Höhe der in der Vergangenheit bereits bereitgestellten Mittel in Höhe von 3,6 Mio. € nicht ausreichen und ein Mehrbedarf besteht,
  - 1.4 die Gesamtkosten noch nicht vollständig zu beziffern sind, da noch nicht alle Ausschreibungsergebnisse vorliegen.
  - 1.5 laut derzeitiger Prognose die Mehrkosten 750.000 € betragen.
2. Es wird beschlossen, dass
  - 2.1 die erforderlichen Mittel zur Finanzierung der voraussichtlichen Mehrkosten in Höhe von derzeit 750.000 € bereitgestellt werden.
  - 2.2 die Deckung aus Instandhaltungsrestmitteln 2021 aus dem Sachkonto 616100 der Kostenstelle 15000170 (bebautes Grundvermögen) erfolgt.
  - 2.3 die haushaltsrechtliche Bereitstellung der Mittel durch Dezernat III/20 erfolgt.
3. Dezernat IV/23 wird nach Abschluss der Maßnahme einen Bericht gemeinsam mit Amt 64 über die Gesamtkosten mit Analyse der Mehrkosten vorlegen.

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Im Rahmen der Herstellung des zweiten Fluchtweges kam es aufgrund weiterer Bodenfunde erneut zu Verzögerungen bei der Fertigstellung der Maßnahme, was einen erheblichen zusätzlichen Kostenaufwand nach sich zieht.

Mit Stand Mitte 2019 wurde für die anstehenden Maßnahmen von einem Gesamtbetrag von 3,6 Mio. € ausgegangen. Nach einer aktuellen Kostenprognose des Hochbauamtes besteht ein voraussichtlicher Mehrbedarf von weiteren 750.000,00 €.

Gründe für die Mehrkosten sind u.a.:

- Erhöhter Aufwand bei der Durchführung der Maßnahme „Mauerschluss Südmauer Oberburg“ für den zweiten Flucht- und Rettungsweg / längere Vorhaltungszeiten der Baustelleneinrichtung
- Erhöhter Aufwand und höhere Kosten für die Arbeiten des Teilprojekts „Zufahrt / Leitungen“ sowie dem „Burghof Unterburg“
- Erhöhter Aufwand und höhere Kosten im Bereich Elektro / Stromversorgung / Beleuchtung
- Höhere Kosten für die bauliche Umsetzung der Blitzschutzanlagen
- Höhere Kosten für Aufbereitung, Inventarisierung und Lagerung archäologischer Funde, die in größerem Umfang entstanden sind

Die Mehrkosten ergeben sich im Allgemeinen aufgrund drastischer Kostensteigerungen in den vergangenen zwei Jahren im Bereich Baukosten, durch das Erfordernis mehrfacher Vergabevorgänge aufgrund fehlender Angebote sowie durch Lieferschwierigkeiten der benötigten Baumaterialien aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie und dadurch zusätzlich bedingte erhebliche Preissteigerungen.

Bei dem voraussichtlichen Mehrbedarf handelt es sich um eine vorläufige Prognose nach aktuellem Wissensstand. Es ist deshalb nicht auszuschließen, dass beim Fortgang der Arbeiten weitere unvorhergesehene Sachverhalte auftreten und weitere Mittel benötigt werden.

### II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

### III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

Es gibt keine Alternativen zur Fertigstellung der Maßnahme.

Bestätigung der Dezernent\*innen

22.04.22

  
Schlempp  
Stadtrat